

Würzburg beantragt. Die Bundesregierung hat im Benehmen mit den zuständigen Landesbehörden der Einrichtung aller beantragten Wahllokale zugestimmt.

Jenseits ihrer Zuständigkeit für die Sicherheit und Ordnung im Umfeld der Wahllokale sind deutsche Behörden in die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Stimmabgabe in den beantragten Wahllokalen nicht eingebunden. Die Verantwortung, für die organisatorische Vorbereitung und Durchführung obliegt ausschließlich der jeweiligen ausländischen Seite. Diese ist auch zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung in den zur Wahl zugelassenen Gebäuden verantwortlich.

Im Dialog mit dem Auswärtigen Amt hat die Rumänische Botschaft dargelegt, dass das derzeit geltende rumänische Wahlgesetz die in den letzten Jahren stark gestiegene Zahl der rumänischen Diaspora nicht ausreichend berücksichtigt. So kenne das Gesetz weder elektronische Stimmabgabe noch Briefwahl. Die rumänischen Auslandsvertretungen verfügten zudem nicht über Wählerlisten, demzufolge sei die Zahl der Wählenden schwer zu ermitteln. Ungeachtet der im Vergleich zu früheren Jahren stark gestiegenen Zahl der Wahllokale habe deren Kapazität nicht in jedem Fall ausgereicht.

42. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit unterstützt die Bundesregierung die „Gemeinsame Erklärung von Vertretern der Zivilgesellschaft und gesellschaftlicher Organisationen bezüglich der ersten politischen Schritte des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj“ vom 23. Mai 2019 (siehe <http://uacrisis.org/de/71966-joint-appeal-of-civil-society-representatives>), und wie viele der unterzeichnenden Organisationen erhielten zwischen 2014 und 2019 eine direkte oder indirekte Förderung aus Bundesmitteln?

**Antwort des Staatsministers Michael Roth
vom 5. Juni 2019**

Die Bundesregierung unterstützt Forderungen der Zivilgesellschaft nach Transparenz und im Kampf gegen Korruption. Einzelne politische Meinungsäußerungen zivilgesellschaftlicher Organisationen kommentiert sie nicht.

Zwischen 2014 und 2019 ist eine indirekte Förderung, also eine Förderung durch Mittlerorganisationen, von elf der unterzeichnenden Organisationen der in der Fragestellung genannten Erklärung aus Bundesmitteln erfolgt.